



# WIR SEHEN SCHWARZ FÜR DIE ZUKUNFT IHRER VERSORGUNG.

2. Protesttag:  
30. November

Liebe Patientinnen und Patienten,

vielleicht haben Sie aus der Presse von den Praxisschließungen am 26.10. und 30.11. gehört. Damit wollen niedergelassene Ärztinnen und Ärzte gegen die Situation im Gesundheitswesen protestieren. Denn es bahnt sich seit Jahren ein Problem mit der flächendeckenden ambulanten Versorgung an.

Sie sind es gewohnt, meist fußläufig zur Hausärztin oder zum Hausarzt zu gehen, die Sie und Ihre Familien lange kennen, sich um kleinere Probleme kümmern oder auch im Notfall helfen. Dieses System hat sich bewährt und ist der Kern hausärztlicher Versorgung.

Damit dies aber auch in Zukunft so bleiben kann, müsste sich sehr viel ändern. Die Arbeit als niedergelassene Ärztin und Arzt wird durch verschiedene Faktoren immer unattraktiver, so dass der ärztliche Nachwuchs immer seltener eine eigene Niederlassung anstrebt.

Die Probleme sind

- die bürokratische Überfrachtung sämtlicher Abläufe mit zum Teil vollkommen unsinnigen Vorgaben: Ärztinnen und Ärzte sitzen nach jeder Sprechstunde mindestens ein bis zwei weitere Stunden über Papierbergen;
- der schlecht gelaufene Versuch der notwendigen Digitalisierung in den Praxen, die man schon jetzt getrost als Rohrkrepiere bezeichnen kann;
- die zunehmende Verdichtung der Arbeitsprozesse mit der Versorgung von immer mehr, immer älteren und komplex kranken Menschen;
- die Probleme, gut qualifizierte Praxismitarbeiterinnen (das heißt, medizinische Fachangestellte, früher „Arzthelferinnen“) zu finden;
- die wirtschaftliche Unsicherheit mit drohenden Regressen: Ärztinnen und Ärzte müssen Strafe zahlen, wenn sie zu viel Krankengymnastik oder zu viel teure Medikamente verordnen;
- und natürlich die allgemein unsicheren Zeiten mit Energie- und Klimakrise, Krieg und Inflation – wobei uns dies natürlich alle betrifft.

Dies alles führt dazu, dass junge Ärztinnen und Ärzte den Sprung in die Selbständigkeit zunehmend scheuen und Praxen keine Nachfolger mehr finden, wodurch der Arbeitsdruck auf die verbleibenden Arztpraxen wächst.

Dazu kommt die relative Überalterung der hessischen Hausärztinnen und Hausärzte: In den kommenden zehn Jahren wird die Hälfte von uns in den Ruhestand gehen. Dann kann es passieren, dass Sie erheblich weitere Wege zur nächsten hausärztlichen Versorgung zurücklegen müssen – bis zu 50 km gilt noch als zumutbar! Wer alt ist, gehbehindert oder kein Auto hat, ist aufgeschmissen.

Vielleicht gibt es auch nur noch ein sogenanntes „medizinisches Versorgungszentrum“ (MVZ). Hier dürften Sie es dann jedes Mal mit einem anderen (angestellten) Arzt zu tun haben. Dann ist das Arzt-Patient-Verhältnis, das ja vertrauensvoll sein soll, zur bloßen Dienstleistung verkommen, die jeder mit entsprechender Ausbildung erbringen kann.

In den MVZ, die zunehmend von privaten Investoren gegründet werden, spielen finanzielle Aspekte außerdem eine viel größere Rolle. Hier muss Rendite erwirtschaftet werden: Die arme, kranke, AOK-versicherte Rentnerin, die dem System hohe Kosten verursacht, gehört ganz bestimmt nicht zur Zielgruppe dieser Konzerne.

Bereits jetzt hat die Zahl der Patientinnen und Patienten, die wir pro Tag versorgen, deutlich zugenommen. Es gibt Tage, an denen man total erschöpft nach Hause geht und trotzdem das Gefühl hat, vielem nicht so gerecht geworden zu sein, wie man selbst oder die Patientinnen und Patienten es sich gewünscht hätten.

Wenn die Überlastung anfängt, an die eigene Gesundheit zu gehen, denkt manch eine(r) über eine vorgezogene Rente nach. Damit würden dem System weitere Kapazitäten entzogen.

Den Kollegen und Kolleginnen in den Kliniken geht es auch nicht besser: laut einer aktuellen Umfrage des Marburger Bunds denkt ein Viertel der dort tätigen Ärztinnen und Ärzte über die Beendigung ihrer Tätigkeit im Krankenhaus nach.

Es muss – und die Weichen dafür sollten wegen des langen Vorlaufs unverzüglich gestellt werden – der Arztberuf wieder aufgewertet werden, damit die Versorgung der Bevölkerung weiterhin gut bleiben oder wieder besser werden kann. Es geht nicht um Gejammer einiger Privilegierter auf hohem Niveau, sondern um die gesundheitliche Daseinsvorsorge aller in diesem Land lebenden Menschen!

Deshalb bitten wir Sie: Wenden Sie sich an Ihre Krankenkasse, sprechen Sie Ihre(n) Bundestagsabgeordnete(n) an – oder unterschreiben Sie den Appell an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, der in unserer Praxis ausliegt.

Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis und für Ihre Unterstützung!

Ihr Praxisteam